

# Tagesbote für Untersteiermark.

Abonnementpreis für Marburg:  
 Monatlich . . . . . fl. 70 kr.  
 Vierteljährig . . . . . „ 10 „  
 Zustellung monatlich . . . . . „ 15 „  
 Einzelne Nummern 4 kr.

**Organ der liberalen Partei.**  
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
 Manuscripte werden nicht zurück gesendet.

Abonnementpreis mit Post:  
 Monatlich . . . . . 1 Gulden.  
 Vierteljährig . . . . . 3 „  
 Ganzjährig . . . . . 12 „  
 Inseratengebühr 6 kr. pr. Zeile.

Nr. 162.

Marburg, Montag 24. Oktober 1870.

IX. Jahrgang

## Schule und Kirche.

### II.

R. Mit dem begnügte sich aber die französische Pfaffenpartei nicht, sie wußte es dahin zu bringen, daß selbst bei Anstellungen an öffentlichen sowohl Staats- als Gemeindeschulen für den Kandidaten ein Zeugniß seiner geistlichen Oberen, über dessen Befähigung ausreichte, während der weltliche Lehrer strenge Prüfungen ablegen und eine dreijährige Probezeit abhalten muß, bis er zu einer Anstellung kommt.

Nicht besser ist es bei den Lehrerinnen, auch hier werden von der weltlichen Kandidatin Prüfungen verlangt, während die Nonne mit dem „Obedienzbriefe“ schon alle Weisheit und Praxis für die Jugenderziehung miterhält.

Höchst interessant und bezeichnend ist die Begründung dieses von Seite des Staates eingegangenen Verzichtes auf Lehrbefähigungsnachweise bei den Kandidaten; „bei denselben“ hieß es, „dürfe man die für den weltlichen Lehrer erforderlichen Kenntnisse nicht verlangen, weil ihnen durch solche Kenntnisse gewissermaßen ein Geist der Selbstständigkeit eingepflanzt werden könnte der mit der kirchlichen Disziplin unverträglich sei.“ O bedauerndwerther Stifter der Religion der Liebe, wie werden deine schönsten Worte zu den elendsten Zwecken verdreht; „arm im Geiste“ müssen deine Schüler sein, damit sie besser diszipliniert seien; und wenn dieser schreckliche Grundsatz schon bei denen festgehalten wird, welche als die Stützen der Kirche, als die Prediger der Wahrheit dastehen sollen, darf es da Staunen erregen, wenn man dem Volke noch mehr vorenthalten will?

Doch warum schicken vernünftige Leute ihre Kinder in solche Schulen, wird mancher Leser erstaunt fragen, und die Antwort ist eine doppelte, erstens wegen der Billigkeit und zweitens, weil dort die Kinder leichter „durchkommen“, d. h. ein gutes Zeugniß erhalten.

Betrachten wir den ersten Punkt. Der Gemeinde und dem Staate kosten die Schulen bedeutende Summe, freilich wird noch immer zu wenig für sie verwendet, im Vergleiche zu dem, was für sterile Ausgaben hinausgeworfen wird. Einen Theil, und zwar den geringsten Theil, läßt sich der Staat und die Gemeinde in der Form des Schulgeldes zurück erstatten, gleichsam ein materielles Kapital, das materielle und geistige Zinsen in wucherischem Maße den Beteiligten trägt. Wir haben stets für die gänzliche Aufhebung des Schulgeldes an den Volksschulen plaidirt und behaupten, daß dort wo der Schulzwang eingeführt ist, nothwendiger Weise auch die Aufhebung dieser Steuer eintreten muß.

An den Klosterschulen ist der Unterricht scheinbar unentgeltlich, die Eltern der Kinder brauchen unmittelbar kein Schulgeld zu bezahlen, und glauben daher, etwas zu ersparen. O die Verblendeten!

Der nicht bloß unwissende, sondern absichtlich irreführte Theil des Volkes berechnet nur die gesetzlich zu tragenden Lasten und übersieht mehr oder minder das ihm durch moralischen Druck herausgedrückte.

Wenden wir wieder auf Frankreich; dort wuchs das Vermögen von 19 kirchlichen Kongregationen, die sich mit Jugenderziehung beschäftigten von der Zeit an, als ihnen die Errichtung von Schulen wieder gestattet war, um 18 Millionen und 15.000 Franks.

Woher kam diese ungeheure Zunahme des todtten Vermögens als aus dem Volksäckel.

Hätten alle diejenigen, welche durch Vermächtnisse und andere Spenden das Kirchenvermögen vermehren halfen, dieselben Summen für öffentliche Schulen gewidmet, es würde an den meisten Staatschulen der Unterricht unentgeltlich sein können, es würde damit der Jugend ein bessere Dienst geleistet worden sein, als durch die Unterstützung ultramontaner und jesuitischer Bestrebungen. Die freiwillige Steuer, welche sich diese Leute dadurch auferlegen, ist jedenfalls bedeutender, als sie sich selbst träumen lassen, sie betragen sich selbst.

## Zeitungschau.

Die „Politik“ zitiert einen Ausspruch des „Patrioten“, welcher dahin lautet, daß die Verfassungskartei nicht in der Lage sei, ein Ministerium aus seiner Mitte zu bilden, weil die Majorität, im Reichsrathe selbst nach dem Eintritt der Böhmen eine geringe, schwankende sei, weil sie aus allen Parteischattirungen rekrutirt habe, welche in Kardinalfragen auseinander zu gehen drohen und knüpft daran die Bemerkung, daß sie derwärts die Anschauungen des „Patrioten“ theil jedoch noch einen Schritt weiter gehen und die Behauptung aufstellen müsse, daß auch demgegenwärtigen Ministerium keine Stütze im Reichsrathe zu Gebote stehe, denn jene 65 Stimmen über die daselbe bis jetzt verfügt habe, seien nicht gesonnen, ihm durch Dick und Dünn zu folgen, zudem sitze ein großer Theil nur unter Vorbehalt im Hause. Sollten die Wahlen dem Ministerium auch 15 Stimmen zuführen, dann stünden den 80 bedingt Ministeriellen 85 Verfassungstreue gegenüber; eigentlich müsse man sagen daß 80 der verschiedensten Schattirungen angehörende Abgeordnete 85 ebenfalls der verschiedensten Schattirung Angehörigen die Waage halte Beide Theile verfügen nicht über die Zahl, welche die Geschäftsordnung für die Beschlußfähigkeit fordert, einer sei somit auf die Hilfe des anderen angewiesen, um überhaupt arbeiten zu können. Es sei somit Thatsache, daß die angezeigte Regierungsfähigkeit haben und drüber die sich ist. Die „Politik“ bemerkt zum Schluß, man dürfe für diese Desorganisation jedoch bei Leibe nicht, wie die Absolutisten, das konstitutionelle System in Oesterreich verantwortlich machen und dieses für undurchführbar erklären, sondern man müsse eben einen Mittelweg einschlagen.

„Vaterland“ bespricht die Aeußerung des Ministerpräsidenten gegenüber der Deputation aus Kalberg und kommt zu dem Resultate, daß, wenn Potocky in jenen Worten seinen intimsten Gedankens Ausdruck gab, um so mehr von seinem (des Vaterlandes) Standpunkte zu bedauern sei, daß den Thaten mit seinen Worten disharmoniren, denn Potocky's Politik sei bis nun eine kirchlich-äbliche gewesen, es falle ihm zur Last: die Ablegung des Konkordates, die Beschränkung des Klusses der Bischöfe etc. Zum Schluß hebt „Vaterland“ hervor, daß Graf Potocky bei Anzügen stets Unglück in seinen Aeußerungen habe. So habe er sich einmal dahin ausgesprochen, daß der Adel Polen zu Grunde gerichtete, daß daselbe könne Böhmen mit seiner Aristokratie geschehen, wobei er nur vergessen, daß er seiner Vorfahren Felix Potocky der Dengraber seines Vaterlandes gewesen, und daß der Beweis noch nicht hergestellt, ob gerade dem konservativen Adel oder dem Adel überhaupt für Böhmen die gleiche Rolle zugefallen sei; dergleichen hat Potocky vergessen, daß er an der

Spitze jener Regierung stehe, über deren Schwäche er Klage führt.

Die „Presse“ enthüllt die wahrscheinliche Taktik des Ministeriums; dieses wolle die Polen auf eigene Faust befriedigen, um mit ihrer Hilfe weitere Pläne durchzuführen. Sobald die Delegation gewählt sei, habe die Regierung freie Hand zur Auflösung einiger verfassungstreuer Landtage, mit Hilfe der hierauf unter ministeriellen Hochdrucke geschaffenen national-kerikalen Majoritäten werde dann die Verfassung in retrogradem Sinne revidirt und die Deutschen vergewaltigt werden. Die „Presse“ rath daher der Verfassungskartei sich rasch mit den Polen zu verständigen um sich hiedurch einen natürlichen Bundesgenossen gegen das Ministerium zu schaffen; ferner meint dieses Blatt, sei es an der Zeit durch ein Mißtrauensvotum das beiderseitige Verhältniß klar zu stellen.

Die „N. Fr. Presse“ findet, daß die Chancen für eine Vermittlung der Neutralen günstiger seien als vor einigen Wochen, nachdem das Friedensbedürfniß auch auf deutscher Seite in verstärktem Maße sich geltend macht. Wesentlich würde der Friedensschluß durch die bevorstehende Kapitulation Bazaines näher gerückt. Zum Schluß fordert die „N. Fr. Presse“ die Neutralen zu einer Kollektivvermittlung auf, die ihren Eindruck auf beide kriegsführende Partheien nicht verfehlen werde.

Der „Wanderer“ beschäftigt sich mit der gleichen Frage und besonders der Annexion Luxemburgs an Deutschland, welche nach seiner Anschauung nur im Falle die Bevölkerung dieses Landes hiezu einverstanden, stattfinden dürfe.

Das „Neue W. Tagblatt“ bespricht das jüngste Favre'sche Rundschreiben, in Sachen seiner bekannten Unterredung mit Bismarck, indem derselbe zugleich die darin enthaltenen Widersprüche hervorhebt; insbesondere die Behauptung, Frankreich würde durch eine Gebietsabtretung enteert, sei in Anbetracht der Gebietsabtretungen, welche Frankreich anderen Völkern zugemuthet, gänzlich ungerathen und taktlos. Der Schlußsatz des Schreibens Favres, welcher dahin lautet, daß das besiegte Frankreich nicht aufhören werde ein Objekt der Bewunderung der zivilisirten Welt zu sein spreche zu Gunsten der vom „N. W. Tagblatt“ vertretenen Ansicht.

## Politische Uebersicht.

### Inland.

(Wien). Das neueste Programm des Ministerium „Potocky-Taaffe-Petrino“ soll dahin lauten den Polen die weitgehendste Nachgiebigkeit zu zeigen, den Czechen das Kupflose einer weiteren Opposition vorzustellen, sich ihnen aber keineswegs zu entfremden, im Reichsrathe durch Bildung einer Mittelpartei, die sich vorzugsweise aus dem Großgrundbesitze zu rekrutiren hätte, die zu erwartende Majorität der Deutschen zu brechen, und in konfessionellen Angelegenheiten keinen Schritt weiter zu thun, um die Feudalen, deren hartnäckiger Widerstand in Hofkreisen zu denken gibt, nicht noch mehr zu erbittern.

Graf Potocky beabsichtigt noch immer das Ministerium zu purifiziren, auf die Autonomisten jedoch wird nicht Rücksicht genommen werden, hingegen auf die Polen.

Die Aeußerungen der Presse über die Aufhebung der Unterrealschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest scheinen gewirkt zu haben, wie wir dem „amtlichen Blatte“ entnehmen hat die Krone mit Entschließung vom 20. Oktober

die Errichtung einer siebenklassigen Staats-Ober-Realschule in Triest mit deutscher Unterrichtsprache unter Uebernahme sämtlicher Auslagen auf den Studien-, respektive Religionsfonds genehmigt und den Minister für Kultus und Unterricht ermächtigt, behufs Eröffnung der ersten drei Klassen an dieser Ober-Realschule mit nächstem Schuljahre, und zwar längstens bis Ende November l. J. die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Den Ungarn wurde eine Konzession in der Richtung gemacht, daß die Errichtung einer königlichen Seebehörde in Fiume für das ungarisch-kroatische Litorale mit dem 1. November in das Ressort des ungarischen Handelsministeriums a. b. genehmigt wurde.

Die Hafenbehörden, Seesantitätsbehörden und die Anstalten in der Militärgrenze treten zur ungarischen Seebehörde in Fiume vorläufig in gleiches Verhältnis, wie sie bisher zur Zentralseebehörde in Triest standen.

Ueber die angebahnte Slovenisirung der Grazer Universität spricht sich ein Korrespondent der „N. F. Presse“ in einer Weise aus, welche wir nur vollkommen billigen können, er sagt:

Ein Erlaß des Ministeriums vom 12. August d. J. verfügt die Einführung der slovenischen Vorträge über die Fächer der juristischen Staatsprüfung an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Graz; eine Summe von 3600 Gulden wird dafür aus dem Studienfonds in Anspruch genommen.

Dem Vernehmen nach sind bereits drei Kandidaten genannt, und die Fakultät soll ihr Gutachten erstatten. Hat sich das Ministerium Rechenschaft über diese Verfügung gegeben? Und scheint eine Anstellung von Professoren bloß für Fächer einer juristischen Prüfung gegen den Charakter einer Universität als einer freien Stätte der Wissenschaft zu sein.

Soll die juristische Fakultät eine Abrihtungs-Anstalt für Beamte werden, dann stürze man das neue Universitätswesen um, lehre einfach zur alten Ordnung vor 1848 zurück und kolettire nicht mit freier Wissenschaft, Lehr- und Lernfreiheit.

Die slovenischen Kandidaten, die sich gemeldet haben, sind Advokatur-Konzipienten, in der Wissenschaft mehr Handwerker als Schöpfer und Künstler; und diese Männer sollen neben Demelius, Schmidt, Schenkl, Wolf, Körner und Blozig lehren? Wir haben in Oesterreich nur noch zwei rein deutsche Universitäten: Wien und Graz.

In Innsbruck werden einzelne Vorträge in italienischer Sprache gehalten; Prag ist zur Hälfte ezechisiert, Lemberg polonisiert.

Während die deutschen Heere in Frankreich eine Festung nach der anderen zum Falle bringen, liefert die Regierung die wissenschaftlichen Festungen Deutsch-Oesterreichs an die Slaven aus. Weiß der Minister, daß er mit dieser Maßregel in einer deutschen Stadt, welche er im Frankfurter Parlamente zu vertreten die Ehre hatte, einen Herd von slavischen Agitationen schafft?

Weiß er, daß dadurch die deutschen Männer, welche an dieser Universität bisher in Kraft, Ehre und Ruhm dem öffentlichen Leben gedient haben, künftig mit nationalen und politischen Eifersüchteleien zu kämpfen haben werden? In ähnlicher Weise hat man vor zwanzig Jahren in Prag begonnen, was ist daraus geworden? Und nimmt es Wunder, daß bisher die juristische Fakultät den Vorgang in das tiefste Geheimniß hüllt, daß keine andere Fakultät Zeit und Worte gefunden hat, die Bedeutung dieser Maßregel öffentlich kundzugeben.

Freilich, sie sind an eine stiefmütterliche Behandlung gewöhnt, daß Vertrauen fehlt, und bleibt nur das Bewußtsein, daß wir Deutsche in Oesterreich wahrhaft die Schmerzenskinder der Zeit geworden sind.

(Böhmen). Mit der Aufstellung einer Kandidatenliste für den Großgrundbesitz hat die Regierung sich einen entschiedenen Mißerfolg in Aussicht gestellt, so schreibt der „Tagesbote aus Böhmen“:

„Im verfassungstreuen Großgrundbesitz ist das patriotische Gefühl so lebendig wie nur je. Alles was dort auf Manneswürde Anspruch

macht, ist empört über das frivole und frevelhafte Spiel, das nun mit den Nationalitäten, mit den Parteien, mit der Verfassung, ja mit dem Staate selbst getrieben wird. Bei den Großgrundbesitzern herrscht eine komische, für die Regierung eben nicht sehr schmeichelhafte Angst, ihre Namen auf der dritten, auf der Regierungsliste nämlich, figuriren zu sehen.

Einer der bigigsten und loyalsten, wenn auch nicht der jüngsten der hiesigen Kavaliere äußerte laut, er werde sich einen solchen Mißbrauch seines Namens nicht gefallen lassen, er werde wohl früher befragt werden und werde dann Nein sagen; figurire er aber später dennoch auf der Petriolistenliste, so werde er sich dafür Genußthuung zu nehmen wissen.

Bei dieser achtungsvollen Stimmung im Großgrundbesitz soll es das Ministerium gerathen finden, sein Projekt zur ministeriellen Selbsterhaltung und Parlamentschwächung, für welches zu agitiren Fürst Mensdorff schon beauftragt gewesen sein soll, wieder — fallen zu lassen.

## Ausland.

(Preußen.) Wie dürfte in Zukunft die Verfassung Deutschlands sich gestalten? Auf diese Frage gibt die „Berliner Volkszeitung“ Antwort, indem sie daran erinnert, daß bereits ein vom Grafen Bismarck herrührender, diese Frage regelnder Entwurf existirt. Am 10. Juni 866 nämlich, unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges, legte der preussische Bevollmächtigte Herr v. Savigny, dem deutschen Bundestage ein vollständiges Programm der deutschen Einigung mit preussischer Spitze, die sogenannten „Grundzüge zur Reform des deutschen Bundes“, vor, dem Sturme des Krieges bald in Vergessenheit gerathen. Aber wer sie prüft und ernstlich mit dem vergleicht, was später als norddeutsche Bundesverfassung aufgetreten ist, der findet, daß sie mit sehr geringfügigen Abänderungen, somit sie Norddeutschland betreffen, zur Geltung gekommen sind, und wird darum auch in diesen Grundzügen den Schlüssel zu dem suchen, was jetzt mit ganz Deutschland werden soll.

Laut diesen Grundzügen wird neben dem Bundestage eine Volksvertretung, hervorgegangen aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, hergestellt, die in Gemeinschaft in gewissen Angelegenheiten die Gesetzgebung ausübt. Der Norddeutsche Bundesrath hat im Großen und Ganzen die gleichen Funktionen des früheren Bundestages. Sind diese halbvergessenen Grundzüge das Vorbild der norddeutschen Bundesverfassung, so ist es sich empfehlen, dieselben einmal wieder vorzunehmen, wo es wie damals gilt, für ganz Deutschland etwas zu schaffen. Sieht man, wie wenig die norddeutsche Bundesverfassung von m abweicht, was damals projektiert wurde, fast der Schluß gerechtfertigt, daß auch jetzt für ganz Deutschland nicht viel mehr geschaffen werden muß, als was in jenen Grundzügen liegt.

(Belgien.) Der „Vien public“ schreibt über die Angelegenheit der „Independance belge“: Eine Klage ist weder eingereicht noch anhängig gemacht, da dazu das erste Erforderniß die Beleidigung eines der regirenden Häupter der ein Dolus malus, abgeht. Wohl ist ab vorige Woche hier eine Depesche des Herrn v. Bismarck eingegangen, welche sich über die Haltung der belgischen Presse im Allgemeinen und über die der „Independance belge“ insbesondere richtet. Es sind ferner gute Gründe vorhanden, anzunehmen, daß das Kabinet schon seit, theils durch mündliche Vorstellungen des Herrn v. Balan, theils durch die Depeschen des belgischen Gesandten in Berlin, Herrn Baptiste Rossin, Vorstellungen über denselben Gegenstand, Ziel.

Von einer gerichtlichen Verfolgung der Independance belge ist somit keineswegs die Rede, wohl ist aber gegen ein elendes Blatt, den „L'Indiscret“, ein strafgerichtliches Verfahren auf Grund des bestehenden Gesetzes wegen beleidigender Angriffe auf den König von Rußen eingeleitet worden.

(Amerika.) Die „New York Handelszeitung“ schreibt aus Anlaß der Affenausfuhr aus den Vereinigten Staaten:

„Wir haben wiederum das Vergnügen gehabt, eine speziell für unsere Larvete bestimmte

kriegsrische Sendung mit Eklat von hier abgehen zu sehen. 50.000 Springfield-, 42.000 Remington-Gewehre mit Hinterladung, 7000 Remington-Revolver, 5000 Eusfield-Büchsen, 3000 Spenzerbüchsen und 3 Millionen Patronen nahm die „Bille de Paris“ mit hinaus.

Jede einzelne dieser Waffen, von denen General Sheridan versichert, daß Bündnadelgewehr und Chassepot nichts dagegen seien, ist bestimmt, von Franzosen gegen Deutsche verwendet zu werden, und es kommt nur darauf an, daß sich genug Hände finden, welche sie zu handhaben wissen, und denen auch die Gelegenheit geboten wird, sie ihrer Bestimmung gemäß zu gebrauchen. Daß die Sache in Deutschland einen nicht gerade angenehmen Eindruck macht, ist erklärlich; die beste Aeußerung des Bornes wäre aber der Versuch, die „Bille de Paris“ und gleich ihr beladene Schiffe abzufangen.

Der Neutrale hat das Recht, zu verkaufen, der Kriegführende, fortzunehmen; Demonstrationen können da nicht helfen; es muß gehandelt werden. Die Neutralitätsgesetze der Vereinigten Staaten sind nun einmal seit 1818 auf dergleichen eingerichtet, und England hat es bequem gefunden, die seinigen nach diesen zu modeln. Es ist durchaus notwendig, daß man sich in Deutschland die Sachlage klar vergegenwärtige, damit nicht eine Mißstimmung entstehe, die keine Berechtigung hat, und deshalb wiederholen wir: Wollte die Regierung der Vereinigten Staaten die Waffenaußfuhr nach Frankreich verbieten, sie könnte es nicht.“

## Vom Kriege

Vor Paris mehren sich die Kämpfe, Ausfälle, und zwar mit bedeutenden Streitkräften finden häufig statt. So auch in der Nacht vom 19. auf den 20. d. M. in der Gegend von Chevilly-Mortdidier, es wurde durch eine Abtheilung der Maasarmee besetzt.

Auch vor Metz geht es sehr heftig her, mag auch der Bericht aus Tours wie gewöhnlich erlogen sein, daß Bazaine am 14. d. Mts. mit 80.000 Mann einen Ausfall machte, dabei 26 preussische Bataillone und zwei Kavallerieregimenter vernichtete und nebst Zerstörungen 193 Waggons Lebensmitteln und Munition wegnahm; so verdient doch die Nachricht Glauben, daß die Scheinangriffe Bazaines die Belagerungsarmee sehr ermüden; doch soll in Metz der Hunger sehr stark auftreten.

Es geht wieder das Gerücht, daß die Preußen gegen das Fort Queien miniren, Bazaine soll schon Kontreminen angelegt haben.

Garibaldi soll dem General Werder gegenüberstehen.

Auch die Stadt Amiens dürfte nun bald auch in die Aktion einbezogen werden, denn die Deutschen stehen nur mehr drei Kilometer davon entfernt.

Bourbaki soll mit 30.000 Mann dahin abgehen: die Stadt wird in Belagerungszustand versetzt und die energische Vertheidigung angebahnt.

## Warburger- und Provinzial-Nachrichten.

Warburg, 24. Oktober.

(Nordlicht.) Grazer Blättern entnehmen wir, daß am 20. Nachts um 11 Uhr trotz des stark bewölkten Himmels ein schönes Nordlicht sichtbar war. Die Erscheinung dauerte ungefähr 20 Minuten. — Das in vielen Städten Deutschlands Freitag Abends beobachtete Nordlicht war ebenfalls in Graz sichtbar. Der Himmel war so hell geröthet, daß es den Anschein hatte, als ob ganz Semriach in Brand stände. Die Erscheinung dauerte ungefähr  $\frac{3}{4}$  bis  $7\frac{1}{4}$  Uhr. Beide Nordlichter waren von Wetterleuchten begleitet.

(Der pens. Bezirkshauptmann Nord), welcher in unserer Stadt von der Zeit seiner Amtirung her in gutem Andenken steht, wurde zum Bürgermeister von Bruch gewählt; seine Wahl wird allseitig daselbst als glückliche bezeichnet.

(Handelskammer in Graz.) Dem Berichte über die Sitzung vom 20. Oktober entnehmen wir Folgendes: Statthaltereirath Kirch-

lehner wird als Regierungsvertreter eingeführt. Die erneute Aufforderung des Wiener Gewerbevereins zur Betheiligung an der Subskription für die projektirte Weltausstellung in Wien wurde vom Präsidium mit Hinweis auf die von der Kammer der Grazer-Ausstellung zu Theil gewordene Subvention abgelehnt. Die Petition der Leitam, Josefthaler und mehrerer anderer Papierfabriken um Beibehaltung des Ausfuhrzollses auf Hadern wurde bei der Regierung aufs wärmste zu befürworten beschlossen. Die Jahresberichte von den Jahren 1866 bis 1868 sollen in Druck gelegt werden. Der Kostenvoranschlag für 1871 beträgt 3950 fl. (700 fl. mehr als 1870); das Pensionsstatut für die Beamten der Handelskammer wird mit geringen Modifikationen angenommen. Zum Schlusse wird konstatiert, daß die Köflacher-Bahngesellschaft bemüht ist der in Aussicht genommenen Kohlennoth schleunigst abzuhelfen.

(Monturwirtschaft.) Das Stenische Konfession, welches vielseitig angefochten wurde, hat eine gerichtliche Untersuchung angeregt. Herr Rittmeister F. . . . v. S. . . . hatte den Muth seiner Ueberzeugung in der Wehrzeitung Ausdruck zu geben, nachdem derselbe als Kommandant des Ergänzungsdépotes des hiesigen Dragonerregimentes in der Lage war, die Lücken in den Monturvorräthen und Pferdeausrüstungen und die Trostlosigkeit unserer Ausrüstung kennen zu lernen. Als Anerkennung seines gewiß patriotischen Strebens verhängte der K. Kriegsminister über den biedern Rittmeister die kriegsrechtliche Untersuchung, trotzdem eingehende Inspektionen des Generalinspektors sowohl hier als in Graz konstatiert haben, daß allerdings Gebrechen bestehen.

(Theater.) Samstag ging das schon lange angekündete historische Volksdrama „die Zeit des Schreckens“ über die Bretter; es ist dasselbe ein Schauder drama im vollsten Sinne des Wortes, starrend von Blut, wiederhallend von Kettengerassel. Im Einzelnen sind die Charaktere gut gehalten, so insbesondere Robespierre und Danton, dessen Gattin und der halbwahnsinnige Diener François. Das Stück war gut einstudirt und verdienten Direktor Rosenfeld (Robespierre), Herr Meißner (Danton) der aber stark heißer war, Fr. Lanius (Frau Danton), Herr Pöhler (Desmoulins), Herr Feld (St Just) und H. Rosen (François) alles Lob; doch wünschen wir derartige Stücke, die das gebildete Publikum kaum zu rühren im Stande sind, nicht an Wochentagen. Leider litt die Darstellung durch die miserable Gasbeleuchtung, welche nach dem zweiten Akte fast gänzlich aufhörte. Als der Direktor auf Wunsch des Publikums weiter spielen und zu diesem Behufe Kerzen am Proszenium, Lustern und Kandelabern aufstellen ließ, litt darunter nicht nur die Illusion, wie in der Kerkerzene, sondern die Mimik, welche z. B. in der schönsten, der 3. Abtheilung, bei Robespierre besonders wirksam hätte zu Tage treten können, ging ganz verloren, und mußten wir die Schauspieler, ob ihrer Müheverwaltung bedauern. — Soll denn diese Wirthschaft noch länger fortdauern; wer wird, wenn solche Zufälle sich wiederholen und das Publikum in ein gleich einem Bauern-Theater mit Kerzen beleuchtetes Theater sich zu gehen weigert, wer wird dem Theaterdirektor den daraus erwachsenden Schaden ersetzen? Das Kasinoomite glaubte dem Publikum und dem Theaterdirektor mit der Einführung der Gasbeleuchtung etwas Gutes zu bieten, und durch die Fahrlässigkeit des Unternehmers wird sie zur Danaidengabe. Energie thäte sehr noth.

### Gerichtshalle.

(Staatsanwalt Schmeidel), der Erfinder, Prozeßprozeß dem Ausspruche der Geschworenen zu entziehen, soll als Oberstaatsanwalt nach Graz versetzt werden. Für ihm eine Belohnung, für uns eine Strafe.

(Ein gräßlicher Wechselfälcher.) Graf Heinrich Bellegarde, aus Wien gebürtig, 44 Jahre alt, päpstlicher Hausprälat, wurde, wie wir seinerzeit gemeldet, wegen des Verbrechens des Betruges durch Wechselfälchung gefänglich eingezogen und stand heute als Angeklagter vor Gericht. Nach seinem mit den gepflogenen Er-

hebungen übereinstimmenden Geständnisse hatte er am 26. März einen auf 5000 fl., zwei Monate a dato lautenden Wechsel fälschlich mit dem Akzept seines Bruders Grafen August Bellegarde versehen und dieses Falsifikat an Wilhelm Herzog für 2000 fl. verkauft. Zur Verfallszeit des Wechsels erfuhr Herzog, daß derselbe falsifizirt sei, und erstattete eine Strafanzeige. Der Angeklagte konnte nur anführen, daß er gehofft sein Bruder werde für ihn zahlen. Der Bruder hatte sich der Auslage entschlagen. Der Verteidiger Dr. Markbreiter machte geltend, daß sein Klient in dem guten Glauben, sein Bruder werde zahlen, die Unterschrift gefälscht hatte, und daß dem Wechsel-Inhaber bekannt sein mußte, die Unterschrift des Grafen August Bellegarde sei gefälscht, da Graf Heinrich Bellegarde sonst unmöglich einen Wechsel von 5000 fl. für 2000 fl. hergegeben haben würde. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landesgerichtsrathes Weismayr sprach sich für die Schuld des Angeklagten aus und berücksichtigte bloß die vom Verteidiger geltend gemachten Milderungsumstände. Graf Heinrich Bellegarde wurde zu zwei Jahren schweren Kerkers und zum Verluste des Adels verurtheilt. Dr. Markbreiter meldete die Berufung an.

(Prozeß Wiener.) Diese cause célèbre wegen Betrug endete kürzlich vor den Schranken des Wiener-Landesgerichtes mit der Freisprechung sämtliche Angeklagten, Dr. Leo Wiener, Max Behrendt und den beiden jüngeren Brüdern Wiener. Das Urtheil wurde vom Auditorium mit enthusiastischem Beifall aufgenommen, so daß sich der Präsident genöthigt sah, wiederholt sehr ernst zu mahnen, die Würde des Ortes und Gerichtshofes nicht außer Acht zu lassen. In den Augen zweier der Angeklagten erblickten wir Thränen. Die Motivirung des Erkenntnisses gipfelt darin, daß die Vermuthung eines unredlichen Gebahrens der Angeklagten in Anbetracht des Beweismaterials sehr nahe gelegt erscheine, daß dieses jedoch nicht ausreichend sei für die strafprozessuale Herstellung eines Schuldbeweises. Der Staatsanwalt meldete die Berufung an; nachdem 10000 fl. für die Freigesprochenen in solidum als Kaution erlegt wurden, wurden dieselben auf Anordnung des Oberlandesgerichtes in Freiheit gesetzt.

### Vermischte Nachrichten.

(Störung im Hofburgtheater.) Während der Aufführung von Lessing's „Emilia Galotti“ im Hofburgtheater ereignete sich kürzlich ein störender Zwischenfall. Im letzten Aufzuge des Trauerspiels, als Fräulein Wolter als Gräfin Orsina dem Odoardo Galotti zurief: „Gibt ist nur für uns Weiber, nicht für Männer“ und das Publikum in lautloser Stille dem Dialoge folgte, rief eine Stentorstimme aus dem zweiten Parterre in den Logenrang: „Thür zumachen!“ Die durch diesen Ruf verursachte Störung war so groß, daß Fräulein Wolter den Satz abbrach und eine kurze Unterbrechung der Vorstellung erfolgte. Der Besitzer besagter Stentorstimme, ein Kommiss, wird sich wegen seines unziemlichen Benehmens vor der Polizeibehörde zu verantworten haben.

(Zum Bau des Universitätsgebäudes) in Wien sind auf dem Exerzierplatze 5950 Quadrat-Klafter bestimmt worden.

(Baby Farming.) Am 11. d., Morgens, wurde in London die Hinrichtung von Margaret Walkers vollzogen; bis zum letzten Augenblicke behauptete sie, die Ermordung der ihrer Pflege anvertrauten Kinder nicht beabsichtigt zu haben.

(Ein neuer Mortara.) Aus Florenz, 11. d., wird dem Frankf. Journ. geschrieben: Der vor sechs Jahren von den römischen Geistlichen geraubte Judenknabe Cohen sollte nach der Okkupation Roms wieder von seiner Mutter geholt werden. Mit großer Mühe gelang es, ihn zu finden, nachdem man im Kollegio Katekumeno anfangs seine Anwesenheit verleugnet hatte. Doch Kavaliere Bipari ermittelte den Josef, der jetzt Stanislaus heißt. Als man ihm sagte, daß er vollständig frei sei und wieder bei seiner Mutter bleiben könne, weigerte er sich hartnäckig, zu jener „Heidin“ zurückzukehren. Er hatte vom 10. bis zum 15. Lebensjahr unter den Priestern gelebt, und der ihm eingepöhlte Fanatismus erstickte alle

kindlichen Gefühle. Selbst als die Mutter vor ihm niederfiel und ihm feierlich versprach, sie wolle ihm seinen katholischen Glauben lassen, sie wolle ihn nur als Kind pflegen und ihn lieben, wendete er sich kalt von ihr ab und sprach: „Ich kann nicht mehr der eure sein, ich kann nur zu Gott beten, daß er Euren Sinn erleuchte.“ Da jedoch Josef Cohen nur 15 Jahre alt ist, kann er über sich noch nicht verfügen. Er wollte aber seiner Mutter nicht freiwillig in ihr Haus folgen und deshalb wurde er, auf der Besten Bitten durch zwei Karabinieri dorthin geführt.

### Geschäfts-Zeitung.

Wien, 22. Oktober. (Eder, Felle, Knopfern.) Das Entgegenkommen von Seite der Fabriken und rechtzeitiges Einlenken verhinderte eine vollständige Ermattung des Ledergeschäftes. Für den Export ist der hiesige Platz nur sehr wenig beschäftigt; für ärarische Lieferungen ist gar kein Bedarf in Aussicht und der Konsum ist zum Theil durch frühere Schlüsse hinreichend versorgt, während andererseits die hohen Forderungen der Eigner zu weiteren Anschaffungen nicht persuadieren konnten. Selbst schwere Herbstsorten fanden keine Nehmer, insoweit Eigner an den letzten Notirungen festhielten, und drohte der Verkehr gänzlich zu erlahmen.

(Ungarische Getreideausfuhr nach Baiern.) Der Getreidetransport aus Ungarn nach Baiern ist, wie der „Allg. Sta.“ aus München geschrieben wird, noch immer so majestätisch, daß die vorhandenen Verkehrsmittel zur Bewältigung desselben kaum ausreichend erscheinen. Es sind daher in den jüngsten Tagen Bevollmächtigte der bairischen Staats- und Ostbahn, sowie der übrigen, dem süddeutsch-österreichischen Eisenbahnverband angehörenden Bahnverwaltungen in Passau zusammengetreten, um den in dieser Beziehung bestehenden Schwierigkeiten zu begegnen.

(Die neuen Goldmünzen) zu acht Gulden (20 Franken) werden demnächst in Verkehr gesetzt werden, sie haben  $\frac{1}{10}$  feingehalt d. h.  $\frac{1}{10}$  Gold und  $\frac{1}{10}$  Kupferlegirung; es werden auch Stücke zu 4 fl. (10 Franken) herausgegeben. Der Cours dieser Münzen wird mit jenem der Napoleon'dor naturgemäß sich gleichstellen.

### Original-Privat-Telegramme.

Florenz, 23. Oktober. Eine Depesche aus Konstantinopel von gestern meldet: Griechenland und die Türkei unterzeichneten einen Defensiv- und Offensivvertrag zum gemeinschaftlichen Vorgehen gegen jede Macht, welche erwerbend im Oriente aufzutreten beabsichtigen sollte.

Berlin, 24. Oktober. In militärischen Kreisen schließt man auf eine baldige Kapitulation Bazaine's aus der Thatsache, daß von hier an alle Festungskommanden die Aufgabe erging, wie viele Gefangene in die einzelnen Festungen noch untergebracht werden können.

Berlin, 23. Oktober. „Offiziell.“ Versailles, 22. Oktober. General Wittich (Kommandant der dem v. d. Tann'schen Korps beigegebenen 22. Division) befehlte am 21. Chartres. Vor Paris hat sich der Feind nach seinem gestern abgeschlagenen Ausfall ruhig verhalten. Vor Metz treffen täglich französische Ueberläufer in größerer Zahl bei untern Vorposten ein.

Tours, 23. Oktober, Abends. Der „Constitutionnel“ sagt: England hat beschlossen, direkt bei Preußen wegen Erlangung eines Waffenstillstandes zu interveniren; Lord Lyons stellte in diesem Sinne einen Antrag bei der Regierung in Tours sowie Postus in Berlin.

Der „Constitutionnel“ fügt hinzu, England handelt in Uebereinstimmung mit Oesterreich und Italien; Rußland sei geneigt in demselben Sinne, aber isolirt, zu handeln.

Genua, 23. Okt. Aus Dole wird am 18. Oktober gemeldet: Garibaldi hat die Cadres der Vogesenarmee gebildet. Die erste unter dem General Bossal besteht aus Mobilgarden, Freischützen, aus Engländern und Spaniern. Die zweite unter dem Obersten Marie besteht fast nur aus Franzosen.

Die dritte unter Menotti Garibaldi aus Mobilgardisten und Italienern. — Jeder Brigade wurde eine Geniekompagnie beigegeben.

